

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Agnes Alpers, Dr. Petra Sitte, Herbert Behrens, Nicole Gohlke, Dr. Rosemarie Hein, Dr. Lukrezia Jochimsen und der Fraktion DIE LINKE.

Ausbildung im öffentlichen Dienst

Der öffentliche Dienst ist mit über 4,5 Millionen Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber in Deutschland und damit ein Adressat für die Bereitstellung von genügend Ausbildungsplätzen.

Bund, Länder, Gemeinden und Unternehmen mit Bundesbeteiligung können durch ein vielfältiges Angebot an Berufsausbildungen ihrer besonderen Verantwortung für die Ausbildung der kommenden Generationen gerecht werden.

Der Berufsbildungsbericht 2010 der Bundesregierung verzeichnete ausschließlich im öffentlichen Dienst im Jahr 2009 einen Zuwachs bei der Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Dies kann allerdings nicht über den längerfristigen Trend eines gravierenden Rückgangs der Ausbildung im öffentlichen Dienst hinwegtäuschen: Zum einen ist laut dem Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010 der öffentliche Dienst mit einer Ausbildungsquote von 2,4 Prozent im Jahr 2009 noch weit entfernt von den Ausbildungsbemühungen beispielsweise im Handwerk mit 27,8 Prozent und liegt damit noch unter der Hälfte der durchschnittlichen Ausbildungsquote von 5,6 Prozent. Zum anderen hat sich die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2009 im Vergleich zum Jahr 1999 sogar um über 1 200 Verträge verringert und verharrt damit seit zehn Jahren auf ähnlichem – niedrigerem – Niveau.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Auszubildende wurden bzw. werden in den Jahren 2000 bis 2010 im öffentlichen Dienst ausgebildet (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
2. Wie hoch war der Anteil der Auszubildenden bezogen auf alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Jahren 2000 bis 2010 (bitte aufschlüsseln nach Ausbildung im Beamtenverhältnis, Ausbildungsvertrag im Rahmen eines Hochschulstudiums und Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz – BBiG, der Handwerksordnung – HwO – bzw. Gesundheitsfachberufen sowie nach Jahren)?
3. Welche Staatsbürgerschaft besaßen Auszubildende im öffentlichen Dienst in den Jahren 2008, 2009 und 2010 (bitte aufschlüsseln nach EU-Bürgern, Spätaussiedlern, Drittstaatenangehörigen sowie Asylsuchenden)?
4. Wie hoch war der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund, nichtdeutscher Herkunftssprache und nichtdeutscher Staatsbürgerschaft bezogen auf die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im öffentlichen Dienst in den Jahren 2008, 2009 und 2010 auf Bundes- bzw. Länderebene (bitte aufschlüsseln nach Ausbildung im Beamtenverhältnis, Ausbildungsvertrag im Rahmen eines Hochschulstudiums und Ausbildung nach BBiG, HwO bzw. Gesundheitsfachberufen)?

5. Wie hoch war der Anteil der Auszubildenden mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit bezogen auf die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im öffentlichen Dienst in den Jahren 2008, 2009 und 2010 (bitte aufschlüsseln nach Ausbildung im Beamtenverhältnis, Ausbildungsvertrag im Rahmen eines Hochschulstudiums und Ausbildung nach BBiG, HwO bzw. Gesundheitsfachberufen, nach EU-Bürger, Spätaussiedler und Drittstaatsangehörigen sowie nach Staatsangehörigkeit)?
6. Für welche Berufsbilder bildete der öffentliche Dienst in den Jahren 2000 bis 2010 aus?
7. a) Wie viele Auszubildende wurden in den jeweiligen Berufen nach BBiG bzw. HwO im öffentlichen Dienst in den Jahren 2000 bis 2010 ausgebildet (bitte nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit aufschlüsseln)?
b) Wie viele Auszubildende absolvierten in den Jahren 2000 bis 2010 im öffentlichen Dienst eine Berufsausbildung nach BBiG bzw. HwO mit einer Ausbildungsdauer von weniger als drei Jahren (bitte nach Berufsbildern sowie Geschlecht und Staatsangehörigkeit aufschlüsseln)?
c) Welche Erfahrungen und Einschätzungen hat die Bundesregierung mit zweijährigen Berufsausbildungen nach BBiG bzw. HwO im öffentlichen Dienst bezogen auf Ausbildungsabbrüche, auf die Übernahme nach der Ausbildung sowie auf die Berufschancen in den ersten Jahren nach der Ausbildung?
8. a) Wie viele Auszubildende wurden in den jeweiligen Berufen im Gesundheitsbereich im öffentlichen Dienst in den Jahren 2000 bis 2010 ausgebildet?
b) Wie viele Auszubildende absolvierten in den Jahren 2000 bis 2010 im öffentlichen Dienst eine Berufsausbildung im Gesundheitsbereich mit einer Ausbildungsdauer von weniger als drei Jahren (bitte nach Berufsbildern aufschlüsseln)?
c) Welche Erfahrungen und Einschätzungen hat die Bundesregierung mit zweijährigen Berufsausbildungen im Gesundheitsbereich im öffentlichen Dienst bezogen auf Ausbildungsabbrüche, auf die Übernahme nach der Ausbildung sowie auf die Berufschancen in den ersten Jahren nach der Ausbildung?
9. Sieht die Bundesregierung einen Bedarf der Neuordnung der Berufsbilder im öffentlichen Dienst?
Wenn ja, warum, und wie?
Wenn nein, warum nicht?
10. In welchem Verhältnis standen in den Jahren 2008, 2009 und 2010 die Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern und Ausbildungsstellen im öffentlichen Dienst (bitte aufschlüsseln nach Bund, Ländern, Gemeinden und Betrieben mit Bundesbeteiligung sowie nach Ausbildungsgängen nach BBiG bzw. HwO und Gesundheitsfachberufen)?
11. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Qualität der Ausbildung nach BBiG bzw. HwO und den Gesundheitsfachberufen im öffentlichen Dienst (Anzahl der Beschwerden, Anzahl der Ausbildungsabbrüche, Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Evaluation von Berufsausbildungsgängen)?
12. Wie viele Auszubildende, die eine Berufsausbildung nach BBiG bzw. HwO und im Bereich der Gesundheitsfachberufe in den Jahren 2000 bis 2010 abgeschlossen haben, wurden nach der Ausbildung übernommen (bitte aufschlüsseln nach Bund, Ländern, Gemeinden und Unternehmen mit Bundesbeteiligung)?

13. a) Wie haben sich die Ausbildungsquoten im öffentlichen Dienst in den Jahren 2000 bis 2010 im Vergleich zu anderen Ausbildungsbereichen entwickelt (bitte aufschlüsseln nach Bund, Ländern, Gemeinden und Betrieben mit Bundesbeteiligung)?
- b) Wie erklärt sich die Bundesregierung die Entwicklung der Ausbildungsquoten innerhalb des öffentlichen Dienstes in den Jahren 2000 bis 2010 (bitte aufschlüsseln nach Bund, Ländern, Gemeinden und Betrieben mit Bundesbeteiligung)?
- c) Wie beurteilt die Bundesregierung die unterschiedliche Entwicklung der Ausbildungsquoten von Bund, Ländern, Gemeinden und Unternehmen mit Bundesbeteiligung innerhalb des öffentlichen Dienstes in den Jahren 2000 bis 2010?
14. a) In welchen Bereichen des öffentlichen Dienstes erfolgte der Rückgang von 1 216 abgeschlossenen Ausbildungsverträgen seit 1999 (bitte aufschlüsseln nach Bund, Ländern, Gemeinden und Betrieben mit Bundesbeteiligung)?
- b) Worauf führt die Bundesregierung den Rückgang an Ausbildungsverträgen seit 1999 zurück?
- c) Wie beurteilt die Bundesregierung den Rückgang der geschlossenen Ausbildungsverträge von 1 216 Verträgen seit 1999 im öffentlichen Dienst?
15. In welchen Bereichen des öffentlichen Dienstes erfolgte der Zuwachs von 3,7 Prozent der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2009 im Vergleich zu 2008 (bitte aufschlüsseln nach Bund, Ländern, Gemeinden und Betrieben mit Bundesbeteiligung)?
16. Warum ist der Anteil der geschlossenen Ausbildungsverträge im öffentlichen Dienst bezogen auf die Gesamtheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Jahr 2009 im Vergleich mit anderen Ausbildungsbereichen (Branchen) so gering?
17. a) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in den Jahren 2000 bis 2010 ergriffen, um die Ausbildungsquoten nach BBiG bzw. HwO und den Gesundheitsfachberufen im öffentlichen Dienst zu erhöhen?
- b) Hält die Bundesregierung die bisherigen Maßnahmen zur Erhöhung der Ausbildungsquoten nach BBiG bzw. HwO und den Gesundheitsfachberufen im öffentlichen Dienst für angemessen?
- Wenn ja, warum?
- Wenn nein, warum nicht?
- c) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in den kommenden Jahren zu ergreifen, um die Ausbildungsquoten nach BBiG bzw. HwO und den Gesundheitsfachberufen im Bereich des öffentlichen Dienstes zu erhöhen?
- d) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zu ergreifen, um die Ausbildungsquoten im öffentlichen Dienst von Menschen mit Migrationshintergrund bzw. nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in den kommenden Jahren zu erhöhen?
- e) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zu ergreifen, um die Ausbildungsquoten von Migrantinnen und Migrantinnen (bitte aufschlüsseln nach Asylsuchende, Geduldete und Personen mit Aufenthaltsrecht) in den kommenden Jahren zu erhöhen?

Berlin, den 24. September 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

